

Potsdamer  
Almanach  
**2016**

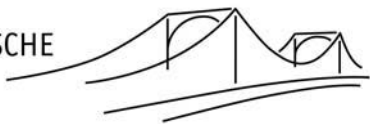
# ZeitRäume

Wallstein

Zentrum für Zeithistorische  
Forschung Potsdam



ZENTRUM FÜR ZEITHISTORISCHE  
FORSCHUNG POTSDAM





# ZeitRäume

Potsdamer Almanach des

Zentrums für Zeithistorische Forschung

2016

Herausgegeben von Frank Bösch und Martin Sabrow

Wallstein Verlag

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische  
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam 2016

[www.wallstein-verlag.de](http://www.wallstein-verlag.de)

Vom Verlag gesetzt aus der Stempel Garamond und der Futura

Umschlaggestaltung: Susanne Gerhards, Düsseldorf

Lithographie: SchwabScantechnik GmbH, Göttingen

ISBN (Print) 978-3-8353-1927-1

ISBN (E-Book, pdf) 978-3-8353-4020-6

ISSN (Print) 1868-2138

# Inhalt

ZeitRäume . . . . .	7
---------------------	---

## I.

Martin Sabrow Historia vitae magistra? Zur Rückkehr eines vergangenen Topos in die Gegenwart . . .	10
--	----

Rüdiger Graf Die Krise als epochemachender Begriff im 20. Jahrhundert . . .	21
--	----

## II.

Rüdiger Hachtmann »Ressourcenmobilisierung«. Die deutschen Wissenschaften auf den Spuren der Wehrmacht 1938 bis 1945 . . . . .	40
---	----

Dominik Rigoll Das Gründungspersonal der Bonner Bundesbehörden. Über Karriere- und Rekrutierungsmuster nach 1945 . . . . .	55
--	----

## III.

André Steiner Entscheidungsprozesse in staatssozialistischen Unternehmen. Volkseigene Betriebe zwischen Reformen und Stagnation . . .	74
---	----

Patrick Bernhard Pädagogische Pizza. Ernährung, Erziehung und der Boom der italienischen Küche in der Spätmoderne . . . . .	82
--	----

#### IV.

- Jens Gieseke  
Die Sichtbarkeit der geheimen Polizei.  
Zur öffentlichen Darstellung und Wahrnehmung  
der Staatssicherheit im DDR-Alltag . . . . . 94
- Peter Ulrich Weiß  
Außenseiter der Opposition.  
Alternative Antifa-Szene und  
ostdeutsche Demokratiebewegung . . . . . 111

#### V.

- Mario Keßler  
Ein Außenseiter der Geschichtswissenschaft:  
Arthur Rosenberg (1889-1943) . . . . . 128
- René Schlott  
Lost in Alexandria.  
Zur Genese des Holocaustmodells von Raul Hilberg . . . . . 153

#### VI.

- Achim Saupe  
Fake History.  
Spiele mit dem Authentischen . . . . . 164
- Irmgard Zündorf, Stefan Zeppenfeld, Carolin Raabe,  
Frederike Fritsch  
Virtuelle Repressions- und Oppositionsgeschichte.  
Die DDR im Internet . . . . . 184
- Frank Bösch  
Geschichte als Erlebnis.  
Zur Sehnsucht nach historischer Erfahrung *in situ* . . . . . 198
- AutorInnenverzeichnis . . . . . 210

## ZeitRäume

Zeitgeschichte, wie immer man ihre genaue zeitliche Erstreckung fassen mag, ist Arbeit an der Vergangenheit unter den Augen der Mitlebenden. Das macht ihre Stärke, aber auch ihre Schwäche aus: Debatten über die Interpretation der jüngsten Vergangenheit werden härter ausgetragen und wühlen öffentlich häufig stärker auf als Streitfragen in anderen historischen Fachgebieten. Die Erinnerungen der Zeitgenossen bereichern das aus Archivalien und Relikten gewonnene Wissen in einer Breite und Dichte, um das die Zeitgeschichte von anderen Fachdisziplinen beneidet wird. Zugleich aber verringert die Einrede der Zeitzeugen den Abstand der Geschichte vom Geschehen, der ein gesichertes Urteilen erst ermöglicht.

Die in Zeit und Raum häufig noch gegenwärtige Vergangenheit mit den professionellen Mitteln der Geschichtswissenschaft zu erhehlen, ist das Ziel des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF). Als Bund-Länder-gefördertes Institut in der Leibniz-Gemeinschaft befasst es sich vor allem mit der jüngeren Zeitgeschichte nach 1945, aber auch mit den gesellschaftsprägenden Signaturen des 20. Jahrhunderts. Dabei sieht es seine Stärken in seiner theoretisch-methodischen Innovativität und seiner thematischen Fokussierung auf die europäische Geschichte und die Ost-West-Geschichte in der Zeit des Kalten Krieges und danach. Seine gegenwärtigen Arbeitsschwerpunkte befassen sich mit dem kommunistischen Gesellschaftssystem in der Zeit seines säkularen Niedergangs, mit den wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Umbrüchen des 20. Jahrhunderts und der Geschichte seiner sozialpolitischen Ordnungsvorstellung. Weitere Themengebiete umfassen die politische Kultur- und Sozialgeschichte, die Semantik des Politischen sowie die Mediengeschichte und die Bedeutung der Neuen Medien für die Entwicklung der Zeitgeschichte.

Der Titel *ZeitRäume* versammelt eine Auswahl von zeitgeschichtlichen Analysen, die im Jahr 2016 am ZZF vorgestellt und diskutiert oder in gedruckter Form publiziert wurden. Die Zusammenstellung spiegelt nicht unbedingt die strategischen Schwerpunktsetzungen der am ZZF betriebenen Forschungen wider, und sie dokumentiert nur sehr ausschnitthaft die Breite seiner theoretischen wie empirischen Arbeit. Aber sie vermittelt einen Eindruck von der Vielfalt und Vielgestalt der Wege, die uns zum Verständnis unserer zugleich so



nahen und so fernen Zeitgeschichte im 20. und beginnenden 21. Jahrhundert führen können.

*Frank Bösch und Martin Sabrow*

l.

Martin Sabrow

## Historia vitae magistra?

Zur Rückkehr eines vergangenen Topos in die Gegenwart

Vorstellungen von der Vergangenheit prägen den Blick in die Zukunft, sobald und solange, mit Reinhart Koselleck gesprochen, Erfahrung und Erwartung auseinandertreten. Der auf Cicero zurückgehende Glaubenssatz von der Historie als Lehrmeisterin des Lebens verlor allerdings im ausgehenden 18. Jahrhundert an Gültigkeit und wich der Vorstellung von einer unwiederholbaren und einmaligen Geschichte, deren Kenntnis keine sicheren Rezepte für die Zukunft biete. Seither gilt, dass man gewiss *an* der Vergangenheit, nicht aber *aus* der Vergangenheit lernen könne: »Wir wollen durch Erfahrung nicht sowohl klug (für ein andermal) als weise (für immer) werden«,<sup>1</sup> umschrieb Jacob Burckhardt diese Skepsis gegenüber Ciceros Topos *historia vitae magistra*, die Hegel noch radikaler so fasste:

»Man verweist Regenten, Staatsmänner, Völker vornehmlich an die Belehrung durch die Erfahrung der Geschichte. Was die Erfahrung aber und die Geschichte lehren, ist dieses, daß Völker und Regierungen niemals etwas aus der Geschichte gelernt und nach Lehren, die aus derselben zu ziehen gewesen wären, gehandelt haben. Jede Zeit hat so eigentümliche Umstände, ist ein so individueller Zustand, daß in ihm aus ihm selbst entschieden werden muß und allein entschieden werden kann. Im Gedränge der Weltbegebenheiten hilft nicht ein allgemeiner Grundsatz, nicht das Erinnern an ähnliche Verhältnisse, denn so etwas, wie eine fahle Erinnerung hat keine Kraft gegen die Lebendigkeit und Freiheit der Gegenwart.«<sup>2</sup>

Seither gilt aus fachlicher Sicht einerseits mit Marc Bloch, dass auch strukturell vergleichbare Problemlagen unterschiedliche Folgen zeitigten, da die menschlichen Reaktionen nicht wie mechanische Uhrwerke abliefen,<sup>3</sup> und dennoch andererseits historisches Verständnis zur Klärung politischer Handlungsoptionen maßgeblich beitragen könne.

## *Geschichte als Hoffnung*

Tatsächlich haben die drei großen politischen Ordnungssysteme des 20. Jahrhunderts auch vor dem Bild einer in die Zukunft offenen Geschichte zu keiner Zeit auf eine historische Versicherung ihres Handelns verzichtet. Dies gilt namentlich für den kommunistischen Gesellschaftsentwurf, der mit der Lehre von Karl Marx »das Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte«<sup>4</sup> entdeckt zu haben glaubte und aus dieser Kenntnis seinen welthistorischen Avantgardeanspruch und seine Fortschrittsgewissheit ableitete. Noch der gestürzte und obdachlos gewordene Erich Honecker war sich aufgrund seiner Beschäftigung mit dem historischen Materialismus sicher, dass »eines Tages das Volk erneut die Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung in Angriff nehmen wird«.<sup>5</sup> Auf den unabänderlichen Gang der Geschichte berief sich, von einem ganz anderen, nämlich vitalistischen Zeitkonzept getragen, auch der neue Reichskanzler Adolf Hitler am 21. März 1933, als er seine Regierungserklärung in der Potsdamer Garnisonkirche in einen handlungsleitenden historischen Rahmen stellte: »Seit zwei Jahrtausenden wird unser Volk von diesem wechselvollen Geschick begleitet. Immer wieder folgt dem Emporstieg der Verfall.«<sup>6</sup>

Auch der liberale Rechtsstaat als dritter und im Verlauf des 20. Jahrhunderts in Deutschland am Ende erfolgreicher Konkurrent im Kampf um die gültige Ordnung der Moderne hat zur eigenen Rechtfertigung immer wieder auch historische Bezüge gesucht. »Nie wird der Augenblick kommen, wo der Kaiser, als Sieger der Welt, mit seinen Paladinen auf weißen Rossen durchs Brandenburger Tor zieht«, äußerte Walther Rathenau zu Beginn des Ersten Weltkrieges gegenüber einem Bekannten und fuhr fort: »An diesem Tage hätte die Weltgeschichte ihren Sinn verloren. Nein! Nicht einer der Großen, die in diesen Krieg ziehen, wird diesen Krieg überdauern.«<sup>7</sup> Nachdem diese prophetische Vorausschau eingetroffen und das Kaiserreich in der Novemberrevolution 1918 zusammengebrochen war, fehlte es auch in den Beratungen zur Weimarer Reichsverfassung der neuen Republik 1919 nicht am Bezug auf historische Vorbilder. Aus der Sorge heraus, dass sonst die Verfassungsberatungen ähnlich wie 1848/49 unangemessen verzögert würden, wollte der mit der Ausarbeitung beauftragte Staatsrechtler Hugo Preuß die Fixierung von Grundrechten zunächst ganz ausklammern. Mit Blick auf den mehr als ein halbes Jahrhundert zurückliegenden Staatsstreich Louis Napoléons von 1851 in Frankreich verlangte die SPD in den anschließenden Beratungen

der Nationalversammlung so prophetisch wie vergeblich, das Amt des Reichspräsidenten nicht zu stark auszustatten:

»Wir müssen mit der Tatsache rechnen, dass eines Tages ein anderer Mann aus einer anderen Partei, vielleicht aus einer reaktionären, staatsstrechlüsternen Partei an dieser Stelle stehen wird. (Hört! Hört! rechts.) Gegen solche Fälle müssen wir uns doch vorsehen, zumal die Geschichte anderer Republiken höchst lehrreiche Beispiele in dieser Beziehung geliefert hat.«<sup>8</sup>

Dreißig Jahre später wiederum waren die Beratungen des Parlamentarischen Rates parteiübergreifend von dem Willen getragen, die Fehler von Weimar nicht zu wiederholen, was ebenso zu einer nur repräsentativen Ausgestaltung des Amtes eines nicht vom Volk, sondern von der Bundesversammlung zu wählenden Bundespräsidenten führte wie zur Einrichtung eines personalisierten Verhältniswahlrechts samt Sperrklausel.

Heimliche *magistra vitae* oder, wie es bei Cicero weiter heißt, verstecktes *lux veritatis*<sup>9</sup> für politisches Handeln blieb die Historie durch das 20. Jahrhundert hindurch besonders auf dem Gebiet der Analogie und des Vergleichs. An den Glauben einer sich wiederholenden Geschichte klammerte sich Otto Wels, als er in seiner mutigen Reichstagsrede gegen das von der Regierung eingebrachte Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 auf die Parallele des NS-Terrors zu den Bismarckschen Sozialistenverfolgungen verwies, die die Sozialdemokratie nur stärker gemacht hätten:

»Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht. [...] Auch aus neuen Verfolgungen kann die deutsche Sozialdemokratie neue Kraft schöpfen. Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung.«<sup>10</sup>

Ausgiebig bediente sich das NS-Regime aus dem Fundus der vermeintlichen geschichtlichen Parallelen. Das sogenannte Hoßbach-Protokoll von 1937 belegt, mit welcher Selbstverständlichkeit die NS-Führung ihr zukünftiges Handeln aus historischen Analogien ableitete – oder wenigstens argumentativ in sie kleidete: »Zur Lösung der deutschen Frage könne es nur den Weg der Gewalt geben, dieser niemals risikolos sein. Die Kämpfe Friedrichs des Großen um Schlesien und die Kriege Bismarcks gegen Österreich und Frankreich

seien von unerhörtem Risiko gewesen und die Schnelligkeit des preußischen Handelns 1870 habe Österreich vom Eintritt in den Krieg ferngehalten.«<sup>11</sup> Erst recht in der Endphase des Zweiten Weltkriegs suchte das Regime sein Heil in historischen Analogien, was Hermann Göring mit seiner »Leonidas-Rede« zum Untergang der 6. Armee vor Stalingrad ebenso bewies wie Josef Goebbels, der den Tod des amerikanischen Präsidenten Roosevelt am 12. April 1945 als Parallele zu Preußens wundersamer Rettung im Siebenjährigen Krieg verstand, in dem Friedrich II. nur dank des Todes der Zarin Elisabeth aus seiner verzweifelten Lage befreit wurde. Wiederum über fünfzig Jahre später griff das in seine finale Krise gerutschte SED-Regime zur historischen Analogie, um seine Überlebenschancen abzuschätzen. Als Staatssicherheitsminister Mielke Ende August 1989 seine Paladine befragte, ob es so sei, »daß morgen der 17. Juni ausbricht«, gab ihm sein Geraer Bezirkschef noch selbst- und machtbewusst zur Antwort: »Der ist morgen nicht, der wird nicht stattfinden, dafür sind wir ja auch da.«<sup>12</sup>

### *Geschichte als Warnung*

Wenngleich die Begründung politischen Handelns durch den Bezug auf historische Parallelen auch in der Bundesrepublik niemals gänzlich verschwand, trat die performative Bedeutung der Historie für die Politik dennoch im Zeichen einer auf Vergangenheitsentlastung gerichteten Grundströmung der Gesellschaft für mehrere Jahrzehnte weit in den Hintergrund. Nichts zeigt dies schlagender als der Umgang mit dem Datum des Kriegsendes und der Kapitulation des Deutschen Reichs. Erst 1985 fand mit Richard von Weizsäcker ein Bundespräsident zu einer öffentlichen Würdigung dieses Tages, die seither zu einer ehernen Formel wurde: »Der 8. Mai ist für uns vor allem ein Tag der Erinnerung an das, was Menschen erleiden mußten.«<sup>13</sup> Als eine Generation zuvor der Parlamentarische Rat das Grundgesetz noch am späten Abend des 8. Mai 1949 beschlossen wissen wollte, tat er das nicht, um an den 8. Mai 1945 zu erinnern, sondern um ihn zu überformen, um das Böse durch das Gute auszulöschen. »Es ist wohl in Wahrheit«, beendete Adenauer die Sitzung nach der turbulenten Abstimmung, »für uns Deutsche der erste frohe Tag seit dem Jahre 1933. Wir wollen von da an rechnen und nicht erst von dem Zusammenbruch an, so schwer die Jahre des Zusammenbruchs auch waren.«<sup>14</sup>

Auch zwanzig Jahre später betrachtete Bundeskanzler Ludwig Erhard den 8. Mai in einer Gedenkansprache zum 20. Jahrestag des Kriegsendes 1965 lediglich als einen Tag, »so grau und trostlos wie so viele vor oder auch nach ihm«;<sup>15</sup> und nicht anders setzte Willy Brandt den zur selben Zeit in der DDR inszenierten Befreiungsfeiern ein entschiedenes Verzichtbekenntnis auf die Jubiläen des Negativgedächtnisses entgegen: »Zwanzig Jahre sind genug – genug der Spaltung, genug der Resignation und genug des bloßen Zurückschauens.«<sup>16</sup>

Die Situation könnte sich nicht grundlegender verändert haben. Der 100. Jahrestag des Kriegsausbruchs von 1914 brachte eine fulminante Rückkehr des Ersten Weltkriegs in die öffentliche Erinnerung mit sich, die auch die politischen Akteure in einer beeindruckenden Intensität beschäftigte. Mit der programmatischen Frage »Wiederholt sich Geschichte?« lud Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier zu einem Diskussionsabend über Sicherheitspolitik in Ostasien im Spiegel der Julikrise 1914 im Deutschen Historischen Museum ein und stellte sein Grußwort unter den Titel »Lehren aus der Geschichte ziehen«,<sup>17</sup> und umgekehrt rückte der Politikwissenschaftler Herfried Münkler, Autor eines zum Bestseller gewordenen Werkes über den Ersten Weltkrieg,<sup>18</sup> zum Berater der Bundesregierung im Ukraine-Konflikt auf, der in suggestiver Analogie genau 100 Jahre nach Beginn des Serbien-Konflikts ausbrach. Welche politische Lenkungs kraft im Verständnis des Großen Kriegs als historischem Lernauftrag einer tragischen Verliererinternationale steckt, lehrte in diesem Jahr nicht nur die deutsche, sondern auch die europäische Außenpolitik insgesamt: In überdeutlicher Reaktion auf das Versagen der Politik von 1914 versuchte sie der damaligen zwanghaften Eskalation vom Attentat zum Weltbrand nun die strategische Fokussierung auf Exit-Optionen, Deeskalationschancen und Dialogräume entgegenzusetzen.

Beängstigend erschienen vielen Beobachtern besonders die Analogien zwischen der Julikrise 1914 und der Krimkrise 2014. Überdeutlich schienen die Gemeinsamkeiten zwischen den damaligen Schlafwandlern und den heutigen Traumtäzern hervorzutreten, die damals so wenig wie heute die Zivilisation einem Krieg opfern wollten und doch wiederum in der Logik ihrer nationalen Handlungswelten gefangen blieben, die sie vor hundert Jahren in die Katastrophe geführt hatte. Tag um Tag fundierte die politische Publizistik im Ukraine-Konflikt ihre jeweilige Position bevorzugt »vor dem Hintergrund, dass gerade immer wieder daran erinnert wird, wie der Erste Weltkrieg vor 100 Jahren begann: indem der Westen dort gewissermaßen

hineinrutschte«. <sup>19</sup> Nicht weniger prononciert hielten Fachhistoriker mit guten Argumenten öffentlich dagegen und versicherten: »Die historischen Vergleiche, die die Ereignisse in Kiew und auf der Krim erklären sollen, sind töricht – und gefährlich«. <sup>20</sup> Doch noch in der Absage an die Idee der historischen Wiederholung zeigt sich der Einfluss der Kriegserinnerung auf die Haltung der europäischen Öffentlichkeit und der staatlichen Diplomatie; zum 100. Jahrestag des Kriegsausbruchs von 1914 hatte der Topos der Historie als *magistra vitae* seine angestammte Rolle zurückerobert – wengleich nicht als Gebrauchsanweisung, sondern als Lehre aus dem Irrtum, nicht als nützliches Rezept, sondern als Warnung vor seinen Risiken und Hauptwirkungen.

### *Geschichte als Überwindung*

Wer aus der Geschichte nicht lernen wolle, sei zu ihrer Wiederholung verdammt, so lautet das Credo des neuen politischen Interesses an der Vergangenheit. Es manifestiert sich in der seit den 1980er Jahren rasant zunehmenden staatlichen Aufmerksamkeit für historische Gedenktage und -orte. Es klingt in heutigen Ohren absurd, dass 1967 die Errichtung eines Dokumentationszentrums im späteren »Haus der Wannseekonferenz« noch abgelehnt werden konnte, um – in den Worten des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Schütz – »keine makabre Kultstätte«<sup>21</sup> zu schaffen, oder dass noch der 50. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtergreifung 1983 vielerorts ohne besonderes staatliches Aufheben vorübergegangen wäre, soweit die aufkommende Geschichtsbewegung von unten sie nicht nachdrücklich einforderte, oder dass der 17. Juni im Laufe der Jahre so weit an den Rand des bundesdeutschen Gedenkalenders rückte, dass er mit der deutschen Wiedervereinigung fast beiläufig zugunsten des 3. Oktober als Staatsfeiertag aufgehoben wurde. Der Geschichtsboom unserer Tage hingegen manifestiert sich in einem sorgsam geführten staatlichen Geschichtskalender, der dem 25. Jubiläum der Deutschen Einheit 2015 ebenso viel politische Aufmerksamkeit zollte wie 2014 dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren und der ostdeutschen Revolution vor 25 Jahren oder 2013 der 80. Wiederkehr des 30. Januar 1933 und dem 75. Jahrestag der Novemberpogrome 1938.

Die öffentliche Hand betreibt heute bedeutende Geschichtsmuseen wie das Deutsche Historische Museum in Berlin oder das Haus



der Geschichte in Bonn mit weiteren Standorten in Berlin und Leipzig, deren enormer Besucherzuspruch einen nicht daran denken lassen würde, dass beide Einrichtungen zur Zeit ihrer Gründung in den achtziger Jahren geschichtspolitisch noch hoch umstritten waren. Die Bundesländer unterhalten institutionell finanzierte und wegen ihrer Zahl und Bedeutung überwiegend unter dem Dach eigener Stiftungen zusammengefasste Gedenkstätten zur Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen und der kommunistischen Vergangenheit; der Bundestag würdigt nicht nur herausragende historische Daten mit parlamentarischen Feierstunden, sondern nimmt mit einem von ihm gewählten Bundesbeauftragten für die Unterlagen der DDR-Staatssicherheit auch unmittelbaren Einfluss auf die Aufarbeitung der jüngsten deutschen Vergangenheit. In den 1990er Jahren setzte er gleich zweimal eine Enquête-Kommission zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur ein, auf deren Empfehlung hin eine Bundesstiftung gegründet wurde, deren Aufgabe es ist, die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den kommunistischen Diktaturen in Deutschland und Europa zu befördern und zur Überwindung der deutschen Teilung beizutragen.

Die gegenwärtige Politik der Bundesrepublik belässt es nicht bei der bloßen Förderung gesellschaftlicher Aufarbeitungsinitiativen, sondern bekennt sich nachdrücklich zu dem Ziel einer fortgesetzten kritischen Auseinandersetzung mit den beiden großen Diktatorsystemen, die die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts geprägt haben. Mit nicht weniger als acht Nennungen ist das Ziel der Vergangenheitsaufarbeitung in den Koalitionsvertrag der gegenwärtigen Bundesregierung eingegangen, der unter anderem vorsieht, »die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit von Ministerien und Bundesbehörden voran[zu]treiben«. <sup>22</sup> Eine von der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien daraufhin in Auftrag gegebene Bestandsaufnahme ergab, dass bis Herbst 2015 bereits siebzehn Bundesministerien und obere Bundesbehörden sowie vier gleichrangige einstige DDR-Behörden auf behördlichen Auftrag hin zum Gegenstand einer Untersuchung ihrer vergangenheitspolitischen Belastung und ihres geschichtspolitischen Umgangs mit der NS-Vergangenheit wurden, <sup>23</sup> und ließ im politischen Raum die Forderung nach einem vom Bund getragenen Finanzierungsfonds zur weiteren Umsetzung des Koalitionsauftrages aufkommen.

Jenseits dieser geschichtspolitischen Anstrengungen besteht heute ein parteiübergreifender Konsens darüber, dass dank dieser fortwährenden Auseinandersetzung mit der historischen Schuld zweier

Diktaturen die Bundesrepublik in ihrer nationalen Identität stärker über historische als über ethnische Prägungen definiert sei. Deren Grundwerte formuliert in der Flüchtlingskrise unserer Tage die Politik in aller Schärfe. Für sie sprach ein führender Berliner Landespolitiker, der selbst aus einer Migrantenfamilie stammt, indem er seine Vision einer inklusiven diskriminierungsfreien Gesellschaft programmatisch an die »aus unserer historischen Erfahrung erwachsene Leitkultur« band:

»Prägend für uns Deutsche ist der – hart erkämpfte – selbstkritische Umgang mit unserer Geschichte. Und dieser Aspekt unserer Leitkultur ist nicht verhandelbar: Wer den Holocaust und die deutsche Verantwortung dafür, dass so etwas nie wieder passiert, nicht versteht, kann nur schwerlich Deutscher sein.«<sup>24</sup>

Wer diesen Konsens infrage stellt, gerät – gleichviel ob als Politiker oder als Historiker – rasch an die Grenzen des ohne Reputationschaden Sagbaren, und dies nicht erst, seitdem der Gesetzgeber die Holocaustleugnung als eigenständigen Straftatbestand explizit unter Strafe gestellt hat. In diesem Geist handelt die Bundesrepublik, wenn sie die Frage eines EU-Beitritts der Türkei maßgeblich an ihren Umgang mit dem Armenier-Genozid im Ersten Weltkrieg knüpft; in diesem Geist handelt die Bundesregierung, wenn sie den nach Europa kommenden Flüchtlingen zum Erstaunen ihrer europäischen Nachbarn und trotz aller Skepsis auch in den Reihen der Regierungsparteien mit einer zur offeneren Aufnahme entschlossenen Willkommenskultur zu begegnen sucht. Wie ihr Handeln gerade in dieser Herausforderung eindrücklich vorführt, ist die Bundesrepublik weit in der Entwicklung zu einer moralischen Großmacht vorangekommen, die sich mehr auf die *Soft Power* als auf die *Hard Power* stützt, und diese Entwicklung wurde nur möglich durch die in unserer politischen Gegenwartskultur zugestandene oder sogar eingeforderte Wirkungsmacht der Geschichte auf die Politik. Die Flüchtlingswelle werfe große Fragen auf, schrieb der Berliner *Tagesspiegel* im November 2015, die die Bürger zum Bekenntnis der gesellschaftlichen Grundwerte zwingen: »Da geht es plötzlich ums Menschenbild«, »um humane Politik, ja sogar um die Lehren aus der jüngeren deutschen Geschichte.«<sup>25</sup>

Um wieder zur Lehrmeisterin des Lebens werden zu können, musste die Beziehung der Gegenwart zur Vergangenheit allerdings einen Gestaltwandel durchlaufen. Die unsere Denkwelt beherrschenden

de Zeitordnung, unser *régime d'historicité* (François Hartog), ist durch einen Rollentausch von Heute, Morgen und Gestern gekennzeichnet, der die modernisierungseuphorische Vision einer besseren Welt und das konfliktbestimmte Mühen um ihre Realisierung abgelöst hat durch eine konsensorientierte Politik der Verlängerung der Gegenwart in die Zukunft bei immer stärkerer Beziehung zur erin- nerten und durchgearbeiteten Vergangenheit. Dieses von François Hartog als »présentisme«<sup>26</sup> definierte Zusammenrücken der Zeiten ist allerdings an eine Voraussetzung gebunden, die die Gegenwart davor schützt, in einen neuen Historismus zu verfallen, und diese Voraussetzung liegt in einem auf Diskontinuität statt auf Kontinuität zielenden Verständnis der Vergangenheit. Der Geschichtsboom unserer Tage verknüpft Last und Lust der Geschichte; er ist nicht helden- stolz, sondern opferempathisch, er strebt nach einem Vergangen- heitserleben, das nicht auf reaktionäre Rückkehr zielt, sondern auf historische Einbettung und befreiende Abkehr zugleich. Nur vor diesem Sinnhorizont konnte der längst verabschiedete Glaube an die Lehrkraft der Klio zu seiner erstaunlichen Renaissance finden. »Die Überwindung der dunklen Teile unserer Geschichte und unsere kul- turellen Errungenschaften machen uns Deutsche stolz«,<sup>27</sup> sagt der im palästinensischen Westjordanland geborene SPD-Politiker Raed Saleh, der heute als Fraktionsführer im Berliner Abgeordnetenhaus amtiert, und bezeichnet damit die eigentliche Wirkungsmacht des Historischen auf die Politik unserer Zeit: Sie zeigt uns nicht, wie es eigentlich gewesen, sondern wie es entschieden besser zu machen ist, und sie verwandelt die aus fachhistorischer Sicht absurde Vorstel- lung einer unmittelbar nutzbare Lehren bereithaltenden Geschichte in einen quasireligiösen Glaubensartikel, der der Politik unserer Zeit ihre wertbezogene Letztbegründung verleiht.

- 1 Jacob Burckhardt, Weltgeschichtliche Betrachtungen. Über geschichtliches Stu- dium, Leipzig 1985, S. 25.
- 2 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Vorlesungen über die Philosophie der Geschich- te, Frankfurt a.M. 1986, S. 17. Über die Trennung von lehrreicher Historie und unwiederholbarer Geschichte: Reinhart Koselleck, Historia Magistra Vitae. Über die Auflösung des Topos im Horizont neuzeitlich bewegter Geschichte, in: ders., Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt a.M. 1989, S. 38-66. Siehe auch: Volker Sellin, Einführung in die Geschichtswissenschaft, Göttingen 2008, S. 221 ff.
- 3 Marc Bloch, Apologie der Geschichtswissenschaft oder der Beruf des Historikers, Stuttgart 2002, S. 213. Zur Interpretation: Peter Schöttler/Marc Bloch, Die Leh- ren der Geschichte und die Möglichkeit historischer Prognosen, in: Mikuláš

- Teich/Albert Müller (Hg.), *Historia Magistra Vitae? Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 16 (2005) H. 5, S. 104-125, hier S. 119.
- 4 Friedrich Engels, *Das Begräbnis von Karl Marx*, in: Karl Marx/Friedrich Engels, *Werke*, Bd. 19, Berlin 1973, S. 335-339, hier S. 335.
  - 5 Reinhold Andert/Wolfgang Herzberg, *Der Sturz. Erich Honecker im Kreuzverhör*, Berlin/Weimar 1990, S. 436.
  - 6 Adolf Hitler, *Rede bei der Eröffnung des neu einberufenen Reichstags* [»Tag von Potsdam«], 21. März 1933, URL: [http://www.1000dokumente.de/pdf/dok\\_0005\\_tag\\_de.pdf](http://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0005_tag_de.pdf) (Stand: 23.2.2016).
  - 7 Walther Rathenau, *Der Kaiser*, in: ders., *Schriften aus Kriegs- und Nachkriegszeit*, Berlin 1929, S. 283-338, hier S. 305.
  - 8 *Verhandlungen der Nationalversammlung*, Bd. 325, S. 374, zit. n. Gotthard Jasper, *Improvisierte Demokratie? Die Entstehung der Weimarer Verfassung*, in: Theo Stamm (Hg.), *Die Weimarer Republik. Band 1. Das schwere Erbe. 1918-1923*, München 1992, S. 117-146, hier S. 133.
  - 9 »Historia vero testis temporum, lux veritatis, vita memoriae, magistra vitae, nuntia vetustatis, qua voce alia nisi oratoris immortalitati commendatur?«/»Was aber die Geschichte angeht, die Zeugin der Zeiten, das Licht der Wahrheit, das Leben der Erinnerung, die Lehrerin des Lebens, die Kündlerin der alten Zeit – durch welche andere Stimme als die des Redners wird Unsterblichkeit verliehen?« Marcus Tullius Cicero, *De Oratore. Über den Redner*, hg. u. übers. v. Theodor Nüßlein, Düsseldorf 2007, S. 144f. (2, 36).
  - 10 *Verhandlungen des Reichstags. VIII. Wahlperiode 1933. Band 457. Stenographische Berichte. Anlagen zu den stenographischen Berichten. Sach- und Sprechregister*, Berlin 1934, S. 32 C-34 A, hier S. 33 A u. 34 A.
  - 11 *Niederschrift über die Besprechung Hitlers mit den obersten Führern der Wehrmacht und Konstantin v. Neurath am 5. November 1937*, in: Walter Steitz (Hg.), *Quellen zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte in der Zeit des Nationalsozialismus. Band 1. 1933-1939*, Darmstadt 2000, S. 125-134, hier S. 129f.
  - 12 *Dienstbesprechung beim Minister für Staatssicherheit (Auszug)*, 31.8.1989, zit. n. Armin Mitter/Stefan Wolle (Hg.), *Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS Januar-November 1989*, Berlin 1990, S. 113-140, hier S. 125.
  - 13 *Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa*. Bonn, 8. Mai 1985, zit. n. URL: [http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508\\_Rede.html](http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508_Rede.html) (Stand: 23.2.2016).
  - 14 8. Mai 1949: *Ansprache des Präsidenten des Parlamentarischen Rates nach der Schlussabstimmung über das Grundgesetz*, zit. n. URL: <http://www.konrad-adenauer.de/dokumente/reden/ansprache-parlamentarischer-rat> (Stand: 23.2.2016).
  - 15 Zit. n. Winfried Müller, *Kontinuität nach der Katastrophe? Historische Jubiläen in Deutschland nach 1945 zwischen Affirmation und Trauer*, in: Bernhard Löffler/Karsten Ruppert (Hg.), *Religiöse Prägung und politische Ordnung in der Neuzeit: Festschrift für Winfried Becker zum 65. Geburtstag*, Köln/Weimar/Wien 2006, S. 551-566, hier S. 562.
  - 16 Zit. n. Edgar Wolfrum, *Die Suche nach dem Ende der Nachkriegszeit. Krieg und NS-Diktatur in öffentlichen Geschichtsbildern der »alten« Bundesrepublik*, in: Christoph Cornelißen/Lutz Klinkhammer/Wolfgang Schwentker (Hg.), *Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945*, Frankfurt a.M. 2003, S. 183-197, hier S. 185.
  - 17 *Grußwort von Außenminister Frank-Walter Steinmeier zur Veranstaltung: »Wiederholt sich Geschichte? Die Julikrise 1914 im Vergleich mit aktuellen Fragen der Sicherheitspolitik in Ostasien« im Deutschen Historischen Museum*, 10.4.2014,

- URL: [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2014/140410-BM\\_DHM.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2014/140410-BM_DHM.html) (Stand: 23. 2. 2016).
- 18 Herfried Münkler, *Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918*, Berlin 2013.
  - 19 Stephan-Andreas Casdorff, Keine Zeit für Zurückhaltung. Die westliche Diplomatie muss im Ukraine Konflikt mutige Schritte wagen, in: *Der Tagesspiegel*, 28. 4. 2014.
  - 20 Gregor Schöllgen, Dies ist keine Julikrise und auch kein Kalter Krieg, in: *Süddeutsche Zeitung*, 26. 3. 2014.
  - 21 Klaus Schütz, Meine Antwort an Rolf Hochhuth, in: *Welt am Sonntag*, 5. 11. 1967, zit. n. Gerd Kühling, *Schullandheim oder Forschungsstätte? Die Auseinandersetzung um ein Dokumentationszentrum im Haus der Wannseekonferenz (1966/67)*, in: *Zeithistorische Forschungen* 5 (2008), S. 211-235, hier S. 225.
  - 22 *Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD*. 18. Legislaturperiode, S. 130, URL: [http://www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf) (Stand: 23. 2. 2016).
  - 23 Christian Mentel/Niels Weise: *Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus. Stand und Perspektiven der Forschung*, hg. von Frank Bösch, Martin Sabrow und Andreas Wirsching, München/Potsdam 2016.
  - 24 Raed Saleh, Wir brauchen eine neue deutsche Leitkultur. Mit Freundlichkeit allein werden wir unser Land in dieser Zeit der Einwanderung nicht gestalten können. Es braucht dafür mehr als Verfassungspatriotismus. Ein Essay, in: *Der Tagesspiegel*, 19. 10. 2015.
  - 25 Stephan-Andreas Casdorff, Kollision in der Transitzone. Die Union kann nicht davon abrücken, die SPD nicht zustimmen – wo soll das enden?, in: *Der Tagesspiegel*, 4. 11. 2015.
  - 26 François Hartog, *Régimes d'historicité: présentisme et expérience du temps*, Paris 2003.
  - 27 Saleh, Wir brauchen eine neue deutsche Leitkultur.

Rüdiger Graf

## Die Krise als epochemachender Begriff im 20. Jahrhundert

### I.

Sowohl in deutscher als auch in europäischer oder weltgeschichtlicher Perspektive mag es naheliegen, das 20. Jahrhundert mit seinen zwei Weltkriegen und den »heißen Kriegen im Kalten Krieg« zu einem »Zeitalter der Extreme« oder einem Jahrhundert der Gewalt zu erklären.<sup>1</sup> Genauso könnte man es mit Fug und Recht als Jahrhundert des technischen Fortschritts und des Wirtschaftswachstums, der räumlichen Verdichtung, Beschleunigung und Globalisierung, der Emanzipation und des Konsums bezeichnen. Darüber hinaus erscheint es in der Retrospektive auch als ein äußerst krisenhaftes Jahrhundert: Die politischen Krisen am Vorabend des Ersten Weltkriegs, die von Inflation und Weltwirtschaftskrise geplagten Jahre zwischen Weltkrieg und Nationalsozialismus, die auch als »Krisenjahre der klassischen Moderne« bezeichnet werden, die Krise der Demokratie und des Liberalismus angesichts der totalitären Herausforderung, die Krisen des Kalten Krieges, in denen der Fortbestand der Welt auf dem Spiel zu stehen schien, die Energie- und Wirtschaftskrisen der 1970er Jahre und die anschließenden Krisen der sozialen Sicherungssysteme oder die globale Umweltkrise springen förmlich ins Auge und sind dementsprechend gut erforscht. War das 20. Jahrhundert also nicht vielleicht ein Jahrhundert der Krise(n)? Eine solche metonymische Verdichtung von einem Jahrhundert, in dem es viele Krisen gab, zu einem Jahrhundert der Krise kann, wie die eingangs genannten Metonymien auch, eine gewisse Plausibilität für sich verbuchen. Zugleich ist sie aber irreführend, wohnt doch dem Versuch, ein Jahrhundert oder auch nur ein Jahrzehnt oder ein Jahr auf einen Begriff zu bringen, immer ein hohes Maß an Reduktionismus inne.<sup>2</sup>

Im Falle des Krisenbegriffs ist das Problem allerdings noch grundsätzlicher. Denn im Unterschied zu den meisten anderen Begriffen, die als Epochensignaturen vorgeschlagen werden, ist die Krise zunächst einmal nicht inhaltlich gefüllt. Alles kann potenziell in der Krise sein, und Krisen wurden im 20. Jahrhundert von den unzäh-